

Taiwan nach den Wahlen 2024: Wie funktionsfähig ist das neue Parlament?

Julia Marinaccio

Nr. 1/2024

Darum geht's

Am 13. Jänner 2024 wählten 14 Millionen Menschen in Taiwan ihren neuen Präsidenten samt Vize-Präsidentin sowie ihre Vertreter*innen im Legislativ-Yuan, dem Parlament der Republik China (Taiwan). Lai Ching-te, der Kandidat der regierenden Demokratischen Fortschrittspartei (DPP), gewann das Rennen um das höchste Amt mit einer einfachen Mehrheit von knapp 40 Prozent. Seine Gegner, Hou Yu-ih von der Nationalen Partei (KMT) und Ko Wen-je von der erst 2019 gegründeten Taiwan Volkspartei (TPP), erhielten je 33 und 26 Prozent der Stimmen.

Die gute Nachricht ist, dass die Verlierer öffentlich das Wahlergebnis anerkannten und Lai zum Sieg gratulierten. Die schlechte Nachricht ist, dass die neue alte Regierung entschieden geschwächt in ihre dritte Amtsperiode geht. Das Ergebnis verdeutlicht, dass Lai und die DPP einen Pyrrhussieg eingefahren haben und dieser der Unfähigkeit der Opposition, sich zusammenzuschließen, zuzuschreiben ist. Neben dem eher dürftigen Abschneiden des Präsidenten-Vize-Präsidentenpaars, errang die DPP im Legislativ-Yuan außerdem lediglich 51 der 113 Sitze, während die KMT und die TPP mit je 52 und 8 vertreten sind. Keine andere Partei schaffte die Fünf-Prozenthürde. Das neue Parlament, das am 1. Februar erstmals zu einer konstituierenden Sitzung zusammenkommt, verfügt daher über keine klare Mehrheit.

Obwohl die aktuelle Zusammensetzung auf den ersten Eindruck mehr parlamentarische Kontrolle über die Regierung durch die Opposition zuzulassen erscheint, zeigen historische Erfahrungen und Studien zum

Gesetzgebungsprozessen, dass eine von Blockaden geprägte Amtszeit wahrscheinlicher ist. Besonders in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen, der Chinapolitik, den damit einhergehenden außenpolitischen Entscheidungen und der Energiepolitik wird sich zeigen, wie kompromissbereit der neue Präsident und wie koalitionsfähig die Abgeordneten der beiden Oppositionsparteien sind.

Die Faktenlage

Der Wahlkampf startete offiziell im April 2023 mit der nicht unumstrittenen Wahl des neuen Parteivorsitzenden und Vize-Präsidenten Lai Ching-te zum Präsidentschaftskandidaten der DPP. Lai wurde als einziger Kandidat in einer internen Vorwahl aufgestellt und erhielt lediglich 40 Prozent Zustimmung von den Parteimitgliedern. Viele Alternativen hatte die Partei jedoch nicht, da ein Großteil der geeigneten DPP-Politiker*innen zuvor in Skandale verwickelt war; und Lai war immerhin einer der populärsten Vertreter*innen der Partei mit ausreichender politischer Erfahrung auf lokaler und nationaler Ebene. Trotz des vielkritisierten Vorgehens in der Ernennung und der mäßigen Begeisterung für Lai als Spitzenkandidat vermochte es die DPP-Führung dennoch, die Basis hinter ihrem Kandidaten zu sammeln. Lai entstammt einem Parteiflügel, der stark für eine de jure Unabhängigkeit Taiwans eintritt, und ist einer seiner prominentesten Vertreter. Allerdings gilt er nach seinem Wechsel in die Nationalpolitik 2017 als moderater Politiker, und die meisten Beobachter*innen erwarten, dass er den moderaten Politikstil seiner Vorgängerin Tsai Ing-wen in den Außenbeziehungen weiterführen wird.

In der Nationalen Partei brach dagegen ein interner Machtkampf zwischen zwei Flügeln aus - den moderaten Kräften, geführt vom aktuellen Parteivorsitzenden Eric Chu, die sich außenpolitisch den USA annähern wollen; und den konservativen „alten Garden“ unter deren einflussreichem Anführer, dem ehemaligen Präsidenten Ma Ying-jeou (2008-2016), welche sich für sehr enge Beziehungen mit der Volksrepublik China aussprechen und an der Idee einer großen geeinten chinesischen Nation festhalten. Mit ihren Äußerungen bzgl. einer notwendigen Aussöhnung und der Befürwortung einer Form der Wiedervereinigung mit dem Festland, die viele in Taiwan als obsolet ansehen, sorgen Vertreter*innen dieses Flügels wiederholt für medialen Wirbel. Trotz aller Kritik an Prinzipien, die für manche wie Schnee von gestern klingen, muss jedoch festgehalten werden, dass in der aktuellen KMT niemand Taiwans demokratisches System aufgeben möchte und sich eine volle Eingliederung Taiwans in die Volksrepublik China unter der Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas wünscht.

Parteivorsitzender Eric Chu schickte seinen politischen Zögling Hou Yu-ih ins Rennen und setzte mit dessen Profil auf die Stimmen der ca. 30 Prozent unentschlossenen Wähler*innen. Hou hatte in der Vergangenheit eine steile Polizeikarriere gemacht und sich schon früh der KMT angeschlossen. Als Bürgermeister der nördlichen Metropole New Taipei City seit 2018 übertraf er sogar die Popularitätswerte seines Mentors und Vorgängers Chu. Hou stammt jedoch aus einer Familie, die seit mehreren Generationen in Taiwan lebt und daher keine Verbindung zum Festland hat. Nicht zuletzt deswegen fehlte ihm die Unterstützung der Parteibasis. Diese „Schwachstelle“ brachte nicht nur die Gegnerfraktion in Stellung, sondern auch ambitionierte Konkurrenten wie den bekannten Unternehmer und Foxconn-Gründer Terry Gou, der mit seinem Unternehmen in der Volksrepublik China für enge Beziehungen bis in die Regierungskreise bekannt ist. Letzterer forderte Hou öffentlich heraus und führte seinen persönlichen Wahlkampf selbst nach Hous offizieller Nominierung am Parteitag im Juli unvermindert weiter, um dann in letzter Minute im November - wahrscheinlich auf

Druck von China (dort wurde ihm plötzlich Steuerhinterziehung vorgeworfen) - doch noch das Handtuch zu werfen.

Die Spaltung des blauen Lagers durch den unabhängigen Kandidaten Terry Gou, der offene Flügelkampf innerhalb der Partei und die teils ungeschickten Wahlkampfaktiken drückten Hous Popularitätswerte. Er musste sich schlussendlich mit 33 Prozent zufriedengeben. An der Basis konnte die KMT zwar wieder etwas zulegen, mit insgesamt 52 Sitzen liegt sie jedoch weit abgeschlagen hinter ihrer einstigen Mobilisierungskraft. Das Ergebnis verdeutlicht die Unfähigkeit der Partei, die günstige Gelegenheit einer nach acht Jahren DPP-Mehrheitsregierung weitverbreiteten Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung und deren offensichtlichen Wunsch nach Veränderung für sich zu nutzen.

Der Außenseiterkandidat Ko Wen-je war indessen die größte Überraschung im Wahlkampf und ein weiterer Grund, warum die DPP nicht abgewählt wurde. Der ehemalige Bürgermeister von Taipei präsentierte sich als Kandidat der Mitte und versprach einen neuen Regierungsstil, mit dem er die taiwanische Politik aus dem festgefahrenen Lagerdenken herausführen wollte. Mit seinem ungewöhnlich direkten Kommunikationsstil, unterlegt mit geflügelten Worten und anschaulichen Vergleichen aus dem Arztberuf, zog der ehemalige Chirurg vor allem junge männliche und dem Lagerkampf zwischen „Blau“ (KMT und andere Kleinparteien) und „Grün“ (DPP und andere Kleinparteien) müde gewordene Wähler*innen an. Er schaffte es, trotz fehlender struktureller Basis und zahlreicher kritischer Stimmen bzgl. seines Führungsstils und mehrmalig fragwürdigen und teils misogynen Äußerungen seine relativ konstanten Werte in den Meinungsumfragen am Wahltag in gleich viel Stimmen umzusetzen (26 Prozent). Darüber hinaus fuhr seine Partei acht Sitze im Legislativ-Yuan ein. Sie wird damit zur zentralen Schlüsselkraft im neuen Parlament, die theoretisch der einen oder der anderen Partei Mehrheiten verschaffen könnte.

Von besonderer Relevanz ist:

Taiwans Demokratie verfügt über ein semi-präsidentielles System, in welchem der/die Präsident*in den/die Premier ernennt,

welche*r die Minister*innen seines/ihres Kabinetts aufstellt. Obwohl die DPP durch die Präsidentschaft als mächtigste politische Institution den größten Einfluss auf Gesetzesvorhaben haben wird, hängt die Funktionsfähigkeit ihrer Regierung von ihrer Bereitwilligkeit, Kompromisse einzugehen, und der Stärke der Opposition als geeinte Kraft ab. Die legislativen Prozesse im Parlament können hier sowohl förderlich als auch hinderlich wirken.

In Taiwan kann selbst ein*e Präsident*in mit absoluter Mehrheit im Parlament oftmals nur schwer Gesetzesinitiativen wie gewünscht durchzuboxen. Das liegt an der Schwierigkeit des/der Präsident*in, Abgeordnete seiner/ihrer eigenen Partei zu disziplinieren, da sie erstens nicht dem Klubzwang unterliegen und zweitens ein Gutteil der Abgeordneten, die sich in kompetitiven Persönlichkeitswahlen in ihren Landkreisen gegenüber anderen Parteien und Kandidat*innen durchsetzen müssen, an lokale Interessenslagen gebunden ist. Hinzu kommt, dass aufgrund von besonderen historischen Entwicklungen im Demokratisierungsprozess eine Reihe von Instrumentarien und Mechanismen eingeführt wurden, die Oppositions- und kleinen Parteien mehr Teilhabe und Mitsprache bei Gesetzesbeschlüssen geben, zum Beispiel ein Rotationsprinzip im Vorsitz von Kommissionen und ein informeller Parteiverhandlungsmechanismus, der außerhalb des normalen Gesetzgebungsprozesses im Parlament stattfindet. Damit sollten Blockaden verringert und demokratische Aushandlungsprozesse im Mehrheitssystem gefördert werden.

Obwohl die Einbindung von Minderheiten durchaus Modellcharakter aufweist, haben diese Mechanismen zu unerwünschten Nebenwirkungen geführt. Aushandlungsprozesse dauern lange und die Finalisierung von Gesetzesvorlagen kann durch unbegrenzte Verfahrensanhänge in die Länge gezogen werden. Die Folge ist, dass meist nur viele kleine Gesetzesanträge gestellt werden und diese aufgrund der Flut von Anträgen oft im Sand verlaufen. Von größeren Würfeln und kontroversiellen Gesetzesmaterien wird oftmals abgesehen, da sie wegen des internen Aushandlungsmechanismus wenig Chancen auf Erfolg haben. Beim informellen

Parteiverhandlungsmechanismus treten je zwei Vertreter*innen von Parteien mit Klubstatus unabhängig von den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen in Verhandlungen; kommt es zu keiner Einigung, wird der Gesetzesantrag abgelehnt und nicht im Parlament im gängigen Verfahren behandelt. Studien haben gezeigt, dass die Erfolgsrate von Gesetzesanträgen zwischen 1999 und 2015 unter 30 Prozent lag, selbst unter der KMT-Mehrheitsregierung zwischen 2008 und 2016 erreichte sie nur 56 Prozent.

So sehe ich das

In der aktuellen Machtkonstellation verkomplizieren sich diese Prozesse, da nun im Grunde alle Parteien Minderheiten im Legislativ-Yuan sind, wobei sich die DPP zusätzlich zu ihrer institutionellen Vormachtstellung darüber wieder so manchen Einfluss herausspielen kann. Die Frage ist, ob Lai und das Kabinett seine*s Premier jene Kompromissbereitschaft umsetzen, die er in seiner Antrittsrede angekündigt hat, und ob die von Flügelkämpfen und Lokalinteressen geleiteten Abgeordneten sich zu effektiven Koalitionsbildungen durchringen können. Ersteres wird sich in so genannten „weichen“ sozialpolitischen Fragen, wie Bildungs-, Familien- und Wohnpolitik zeigen. Hier gab es im Vorfeld einen parteiübergreifenden Konsens über die Notwendigkeit, Abhilfe zu schaffen. Der Ball liegt daher bei der Regierung, Vorschläge der anderen Parteien konstruktiv in ihre Politiken einzubauen. In zentralen Themenbereichen, wo bereits im Wahlkampf Uneinigkeit herrschte – das betrifft insbesondere und wenig überraschend die Beziehungen zur Volksrepublik China, die damit einhergehenden Außenbeziehungen sowie die Energiepolitik – wird sich zeigen, ob die KMT- und TPP-Abgeordneten das schaffen, was ihre Parteiführung im Herbst 2023 nicht vermocht hat, nämlich erfolgreich Koalitionen zu bilden, die wiederum die DPP-Regierung zu Zugeständnissen zwingen könnten.